

Umweltgerechtigkeit in der kommunalen Praxis – Handlungsempfehlungen zur Umsetzung eines integrierten Ansatzes

Environmental Justice in municipal practice – recommendations for the implementation of an integrated approach

ZUSAMMENFASSUNG

In vielen Kommunen konzentrieren sich umweltbedingte Gesundheitsrisiken in sozial benachteiligten Quartieren. In einem vom Umweltbundesamt (UBA) geförderten Forschungsprojekt des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) wurde daher in drei Pilotkommunen – Kassel, Marburg, München – erprobt, wie der vergleichsweise neue Ansatz Umweltgerechtigkeit in der kommunalen Praxis umgesetzt werden kann. Zwei Jahre hat das Difu die drei Kommunen wissenschaftlich begleitet. Die Beteiligten aus den Pilotkommunen bestätigten im Grundsatz die vom Difu im Vorläuferprojekt „Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum“ entwickelten Handlungsempfehlungen. Die Erkenntnisse aus den Pilotkommunen sind in die Online-Toolbox „Umweltgerechtigkeit“ (www.toolbox-umweltgerechtigkeit.de) eingeflossen, die im Rahmen des Projekts erstellt wurde. Sie bietet vor allem Akteuren aus Kommunalverwaltung und -politik praxisnahe Informationen und Tipps rund um das Thema Umweltgerechtigkeit.

ABSTRACT

In many municipalities, environmental health risks are concentrated in socially deprived neighbourhoods. In a research project of the German Institute of Urban Affairs (Difu), three pilot municipalities – Kassel, Marburg, Munich – tested how the comparatively new approach of environmental justice can be implemented in municipal practice – funded by the German Environment Agency. For two years, Difu has scientifically accompanied the three communities. The participants from the pilot municipalities confirmed in principle the recommendations for action developed by Difu in the previous project „Environmental justice in urban areas“. The findings from the pilot municipalities have been incorporated into the online toolbox „Environmental Justice“ (www.toolbox-umweltgerechtigkeit.de), which was created as part of the project. It provides practical information and tips on the subject of environmental justice, especially those in local government and politics.

HINTERGRUND UND ZIELE DES FORSCHUNGS- VORHABENS

Umweltgerechtigkeit zielt darauf ab, eine Konzentration gesundheitsrelevanter Umweltbelastungen wie Lärm oder Schadstoffe in der Luft in sozial benachteiligten Quar-

tieren oder Wohnlagen zu vermeiden und abzubauen sowie ihren Bewohnerinnen und Bewohnern den Zugang zu gesundheitsfördernden Umweltressourcen – dazu gehören Grün- und Freiflächen – zu ermöglichen.

Bisher fehlen in Deutschland weitgehend Strategien und Maßnahmen zur Reduzierung der räumlich und sozial ungleichen Vertei-

CHRISTA BÖHME¹,
THOMAS FRANKE¹,
THOMAS PREUSS¹,
CHRISTIANE BUNGE²

¹ Deutsches Institut für
Urbanistik (Difu)

² Umweltbundesamt
(UBA)

Die folgenden Ausführungen sind überwiegend der Veröffentlichung Böhme et al. (2019) entnommen.



Online-Toolbox Umweltgerechtigkeit: <https://toolbox-umweltgerechtigkeit.de/>.

lung von Umweltbelastungen und Umweltressourcen. Vor diesem Hintergrund hat das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) von 2012 bis 2014 zunächst das Forschungsprojekt „Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum“ mit Zuwendung des Bundesumweltministeriums (BMU) und des Umweltbundesamtes (UBA) durchgeführt und Handlungsempfehlungen für die Implementierung des neuen Ansatzes im kommunalen Handeln erarbeitet (Böhme et al. 2015).

Im ebenfalls mit Zuwendung des BMU/UBA durchgeführten Forschungsvorhaben „Umsetzung einer integrierten Strategie zu Umweltgerechtigkeit – Pilotprojekt in deutschen Kommunen“ des Difu ging es dann darum, in drei Pilotkommunen zu überprüfen, wie der Ansatz Umweltgerechtigkeit in der kommunalen Praxis implementiert werden kann und welche der im Vorläuferprojekt entwickelten Handlungsempfehlungen dafür wie relevant und realisierbar sind. Auf Basis der Untersuchungsergebnisse sollte geprüft werden, inwieweit die Handlungsempfehlungen gegebenenfalls weiterzuentwickeln sind, um die kommunale Praxis auf dem Weg zu mehr Umweltgerechtigkeit wirksam zu unterstützen. Weiteres Ziel des Forschungsvorhabens war es, die Erkenntnisse und Erfahrungen aus

der modellhaften Umsetzung des Ansatzes Umweltgerechtigkeit und aus dem Vorläufervorhaben praxisnah aufzubereiten. Auf diese Weise sollen Kommunen Hilfestellungen und Tipps erhalten, wie sie mehr Umweltgerechtigkeit vor Ort schaffen können. Es wurden vier inhaltlich vernetzte Projektbausteine bearbeitet:

o Forschungsbegleitung der Pilotkommunen:

In drei Pilotkommunen – Kassel, Marburg und München – wurde die modellhafte Umsetzung des Ansatzes Umweltgerechtigkeit vom Frühjahr 2016 bis zum Frühjahr 2018 wissenschaftlich begleitet. Dabei standen die Vermittlung von Hintergrundwissen sowie die Dokumentation der jeweiligen Umsetzungsfortschritte im Vordergrund. Außerdem organisierte das Difu einen Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen den Pilotkommunen. Im Juni 2018 bot ein Bilanzgespräch die Gelegenheit, die Erkenntnisse aus den Pilotkommunen zu reflektieren und über die Handlungsempfehlungen zu diskutieren.

o **Umsetzung der Beschlüsse der Umweltministerkonferenz zu Umweltgerechtigkeit – Akteursbefragung und Fachgespräch:**

Das BMU hat zur Umsetzung der von der 86. und 87. Umweltministerkonferenz im Jahr 2016 gefassten Beschlüsse zum Thema Umweltgerechtigkeit bundesweit relevante Akteure im Themenfeld Umweltgerechtigkeit schriftlich um Einschätzungen, Impulse und Anregungen zur Festlegung prioritärer Themen und Handlungsfelder sowie um Handlungsempfehlungen zur Umsetzung des Ansatzes Umweltgerechtigkeit gebeten. Die eingegangenen Stellungnahmen wurden vom Difu ausgewertet. Im Juni 2017 wurde mit den befragten Akteuren das Fachgespräch „Leitlinien und Handlungsempfehlungen für mehr Umweltgerechtigkeit“ im BMU (Berlin) durchgeführt.

o **Weiterentwicklung von Handlungsempfehlungen:** Auf Basis der Ergebnisse aus den Pilotkommunen sowie der bundesweiten Akteursbefragung und des Fachgesprächs wurden die im Vorläuferprojekt erarbeiteten Handlungsempfehlungen zur Implementierung von Umweltgerechtigkeit im kommunalen Handeln weiterentwickelt. Beim Bilanzgespräch wurden die vom Difu weiterentwickelten Empfehlungen mit den Teilnehmenden – Beteiligte aus den Pilotkommunen, Mitglieder des projektbegleitenden Arbeitskreises sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Planspielkommunen des Vorgängerprojektes – erneut reflektiert und anschließend vom Difu finalisiert.

o **Toolbox Umweltgerechtigkeit:** In einer Online-Toolbox wurden für Kommunen u. a. Hintergrundinformationen, Umsetzungstipps, Checklisten und Praxisbeispiele zusammengestellt. Akteure aus Kommunen finden hier u. a. Antworten darauf, welche Handlungsfelder relevant sind und wie der Ansatz Umweltgerechtigkeit mit welchen Akteuren auf den Weg gebracht werden kann (<https://toolbox-umweltgerechtigkeit.de/>).

ERGEBNISSE DES FORSCHUNGSVORHABENS

Im Folgenden wird ein Überblick über die Erkenntnisse und Erfahrungen aus der modellhaften Umsetzung des Ansatzes Umweltgerechtigkeit in den drei Pilotkommunen sowie über die Ergebnisse der Akteursbefragung gegeben. Beide Projektbausteine haben wichtige Grundlagen geliefert, um die vom Difu im Vorläuferprojekt „Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum“ erarbeiteten Handlungsempfehlungen für die Schaffung von mehr Umweltgerechtigkeit weiterzuentwickeln.

A) UMSETZUNG DES ANSATZES UMWELTGERECHTIGKEIT IN DEN PILOTKOMMUNEN KASSEL, MARBURG UND MÜNCHEN

Drei Pilotkommunen – Kassel, Marburg und München – erprobten über zwei Jahre, wie der Ansatz Umweltgerechtigkeit in der kommunalen Praxis umgesetzt werden kann. Das Difu begleitete den gesamten Prozess wissenschaftlich. Dabei wurde unter anderem den Fragen nachgegangen, welche programmatischen, strategischen und instrumentellen Andockpunkte für den Ansatz Umweltgerechtigkeit bestehen, wie mehrfach belastete Teilräume identifiziert werden können, welche Maßnahmen geeignet sind, um mehr Umweltgerechtigkeit zu schaffen und wie sich der Ansatz Umweltgerechtigkeit in Politik und Verwaltung verankern lässt. Die drei Pilotkommunen wählten dabei unterschiedliche Zugänge und Schwerpunkte, den Ansatz Umweltgerechtigkeit aufzugreifen und in der eigenen Stadt zu implementieren. Die drei Städte stehen für verschiedene „Typen“ des Umgangs mit Umweltgerechtigkeit:

Typ 1 – „Analyse-, Konzept- und Organisationsansatz/Top down-orientiert“: Kassel

Typ 2 – „Umsetzungsansatz/Bottom-up-orientiert“: Marburg

Typ 3 – „Ausweitungsansatz/mittlerer Weg“: München

Von **Kassel** lässt sich unter anderem lernen, wie das Zusammenspiel von Politik und Verwaltung sowie verschiedener relevanter Verwaltungsbereiche im Sinne einer fachbereichsübergreifenden Matrix ein breites, stabiles Steuerungsfundament für Umweltgerechtigkeit und die Umsetzung damit verbundener Maßnahmen und Projekte vor Ort bildet.

Das Beispiel **München** zeigt unter anderem, dass eine Kommune nicht „bei Null“ anfangen muss, will sie den Ansatz Umweltgerechtigkeit aufgreifen: Hier werden sowohl bereits bestehende, „altbewährte“ Akteursstrukturen auf der Verwaltungs- und der Vor-Ort-Ebene als auch eine fundierte Konzept-„Landschaft“ genutzt, um mehr Umweltgerechtigkeit im Sinne einer Qualifizierung des Bestehenden zu schaffen.

Marburg steht für eine sehr pragmatische Herangehensweise: Im Rahmen der Umsetzung des Programms Soziale Stadt in zwei neuen Programmgebieten und vor dem Hintergrund, dass die Themen Gesundheit und Beteiligung generell prominente Bestandteile der städtischen Agenda sind, wird Umweltgerechtigkeit im Sinne einer Weiterqualifizierung ohnehin aufzustellender integrierter Quartiersentwicklungskonzepte erprobt. Auf dieser Basis werden Anforderungen an Politik und Verwaltung formuliert und thematische Handlungsfelder „auf den Prüfstand“ gestellt.

Die Erfahrungen in den Pilotkommunen zeigen, dass folgende Faktoren zur Implementierung von Umweltgerechtigkeit als kommunales Querschnittsthema beitragen können:

- intensive Selbstvergewisserung über Vorstellungen und Ziele (gemeinsames Verständnis, gemeinsames „Ziehen an einem Strang“),
- „Rückendeckung“ der Kommunalpolitik (Beschluss),
- Nominierung einer „Kümmerer“- beziehungsweise Ansprechperson in der Verwaltung (bis hin zu einer dezidierten Federführung) sowie

- geeignete Verfahren der Verwaltungszusammenarbeit wie ressortübergreifende Gremien auf Steuerungs- und Arbeitsebene.

B) AKTEURSBEFragung ZUM THEMA UMWELTGERECHTIGKEIT

Das BMU hat zur Umsetzung der von der 86. und 87. Umweltministerkonferenz im Jahr 2016 gefassten Beschlüsse zum Thema Umweltgerechtigkeit relevante Akteure im Themenfeld Umweltgerechtigkeit schriftlich um Einschätzungen, Impulse und Anregungen zur Festlegung prioritärer Themen und Handlungsfelder sowie um Handlungsempfehlungen gebeten. Dazu wurden u. a. folgende Akteure angeschrieben: nachgeordnete Bundesoberbehörden des BMU und des Bundesgesundheitsministeriums, wissenschaftliche Beiräte, Umwelt-/Grün-, Wohlfahrts- und Gesundheitsverbände, kirchliche Interessenvertretungen, Migrationsverbände, Berufsverbände aus dem Bereich Landschaftsplanung/Grün, Verkehrsclubs, Verbände der Wohnungswirtschaft sowie kommunale Spitzenverbände. Die eingegangenen Stellungnahmen wurden anschließend vom Difu ausgewertet. Die Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Zum Begriffsverständnis Umweltgerechtigkeit: Der bei der Befragung zugrunde gelegte Umweltgerechtigkeitsbegriff – gesunde Umweltverhältnisse für und mit allen Menschen unabhängig von ihrer sozialen Lage schaffen und damit bestmögliche umweltbezogene Gesundheitschancen für alle herstellen – wird von den befragten Akteuren überwiegend geteilt.

Zur Umsetzung von Umweltgerechtigkeit vor Ort: Bedarf nach mehr Umweltgerechtigkeit wird vor allem in sozial benachteiligten Quartieren und Wohnlagen konstatiert, in denen sich gleichzeitig Umweltbelastungen konzentrieren. Die benannten Erfolgsfaktoren für die Schaffung von Umweltgerechtigkeit beziehen sich auf die Kommunalpolitik (Bekenntnis zu Umweltgerechtigkeit), die

Kommunalverwaltung (Ansprechperson, ressortübergreifende Zusammenarbeit) und die Quartiersebene (Quartiersmanagement/ Gemeinwesenarbeit, Beteiligung von und Zusammenarbeit mit Bewohnerschaft und Akteuren vor Ort). Als Hemmnisse für den Ansatz Umweltgerechtigkeit in den Kommunen werden insbesondere identifiziert: Kenntnisse über den Ansatz Umweltgerechtigkeit und seine Potenziale fehlen, es mangelt an ressortübergreifender Zusammenarbeit, die finanzielle Lage ist häufig schlecht und die Leistungsfähigkeit der Verwaltung teils nicht ausreichend.

Thematische Handlungsfelder und -empfehlungen: Es wird eine Vielzahl an thematischen Handlungsfeldern benannt, die als relevant angesehen werden, um mehr Umweltgerechtigkeit zu schaffen. Diese reichen von integrierter Stadt(-teil)entwicklung über Mobilität und Verkehr sowie einzelnen Umweltthemen – Lärmschutz und Lärm-minderung, Luftreinhaltung, Erhalt und Entwicklung von urbanem Grün/grüner Infrastruktur, Vermeidung und Verminderung von UV-Strahlungs- und Hitzebelastung, Umweltbildung – bis hin zur Bekämpfung von Energiearmut und einem Monitoring Umweltgerechtigkeit. Zu all diesen Handlungsfeldern werden auch – mal mehr, mal weniger ausführlich – Empfehlungen gegeben, wie das Thema Umweltgerechtigkeit im jeweiligen Handlungsbereich verankert und umgesetzt werden kann. Schwerpunkte bei den Empfehlungen bilden die Handlungsfelder Stadt(-teil)entwicklung/Stadtplanung, Mobilität/Verkehr, Lärmschutz/Lärm-minderung sowie Urbanes Grün/Grüne Infrastruktur. Die Empfehlungen richten sich überwiegend an die Kommunen, teils – insbesondere mit Blick auf gesetzliche Erfordernisse – auch an den Bund.

Strategische Handlungsfelder und -empfehlungen: Strategisch wird es für eine Verankerung des Ansatzes Umweltgerechtigkeit in den Kommunen von den befragten Akteuren für notwendig erachtet,

- Umweltgerechtigkeit auf der politischen Agenda von Bund und Ländern sowie in Gesetzen und Verordnungen (Bau- und Planungsrecht, Umweltgesetze und -verordnungen) zu verankern,
- Strukturen, die eine Implementierung von Umweltgerechtigkeit unterstützen, insbesondere auf Bundesebene (Koordinierungsstelle Umweltgerechtigkeit) einzurichten,
- formelle und informelle Instrumente der Stadt-, Umwelt- und Gesundheitsplanung dahingehend zu überprüfen, inwieweit eine Integration des Ansatzes Umweltgerechtigkeit sinnvoll und möglich ist,
- eine gezielte Förderpolitik (u. a. Bundesprogramm Umweltgerechtigkeit, sozialraumorientierte Umweltförderprogramme) durch Bund und Länder auf den Weg zu bringen,
- die Zusammenarbeit der relevanten Ressorts (insbesondere die Bereiche Stadtentwicklung/Bauen, Umwelt/Grün, Verkehr, Gesundheit, Soziales, Bildung, Verbraucherschutz) auf den verschiedenen Politik- und Verwaltungsebenen und zwischen diesen auszubauen und dies mit einer engen Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren (u. a. Umwelt- und Sozialverbände, Kirchen, Gewerkschaften, Schulen und Kitas, Wohnungswirtschaft) zu verbinden,
- die Betroffenen in mehrfach belasteten Gebieten bei der Analyse und der Verbesserung der Gebietssituation zu beteiligen und diese Prozesse zielgruppengerecht auszugestalten,
- für das Thema Umweltgerechtigkeit durch Information, Kommunikation und Erfahrungsaustausch zu sensibilisieren und
- die Forschung des Bundes zum Thema Umweltgerechtigkeit weiter auszubauen.

C) HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Die vom Difu abgeleiteten Handlungsempfehlungen richten sich in erster Linie an die Kommunen in Deutschland. Weitere Handlungsempfehlungen sind an Bund und Länder gerichtet.

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN FÜR KOMMUNEN – VERSION 2.0

Zentrales Ziel des Forschungsprojekts war es, die an die Kommunen gerichteten Handlungsempfehlungen, die im ersten Projekt „Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum“ des Difu erarbeitet wurden, in den drei Pilotkommunen zu validieren. Im Grundsatz bestätigten die Beteiligten in den Pilotkommunen die im Vorläuferprojekt entwickelten Handlungsempfehlungen. Dies trifft auch auf die an der Akteursbefragung und am Fachgespräch im Kontext der Beschlüsse der Umweltministerkonferenz zu Umweltgerechtigkeit Teilnehmenden zu. Gleichzeitig wurden eine Reihe von Detailhinweisen, aber auch einige generelle Anregungen gegeben, wie die Empfehlungen gewichtet, weiterentwickelt und qualifiziert werden sollten. Um eine größere Praxisnähe zu erreichen, wurde es beispielsweise als sinnvoll erachtet, die Empfehlungen in eine Verfahrensreihenfolge zu bringen, eine Priorisierung vorzunehmen und eine allgemeinverständlichere Sprache zu wählen.

Auf Basis der Ergebnisse aus den Pilotkommunen sowie der bundesweiten Akteursbefragung und des Fachgesprächs wurden die Handlungsempfehlungen vom Difu weiterentwickelt und in **prioritäre und vertiefende Empfehlungen** unterteilt.

Die **zehn prioritären Empfehlungen** beziehen sich auf Verfahrens- und Arbeitsschritte, die unmittelbar erforderlich sind, wenn eine Kommune den Ansatz Umweltgerechtigkeit umsetzen will. Die unterschiedlichen Ausgangs- und Rahmenbedingungen vor Ort machen ein an den lokalen Verhältnissen orientiertes Vorgehen notwendig und lassen einen kategorischen Ablauf von Handlungsschritten in der Regel nicht zu. Die vorgenommene

Reihung bietet den Kommunen eine gewisse Verfahrensorientierung:

- Zuerst sollten „verbündete“ Impulsgeberinnen und -geber aus Politik und/oder Verwaltung prüfen, welche Anknüpfungspunkte es in ihrer Kommune für den Ansatz Umweltgerechtigkeit gibt.
- Um politische „Rückendeckung“ zu erlangen und relevante Verwaltungsakteure mit „ins Boot“ holen zu können, sollten die „verbündeten“ Impulsgeberinnen und -geber eine fundierte Argumentation für Umweltgerechtigkeit erarbeiten.
- Für Umweltgerechtigkeit relevante Verwaltungsbereiche und -akteure sollten identifiziert und ihre Zusammenarbeit untereinander sichergestellt werden.
- Für die Verankerung des Ansatzes Umweltgerechtigkeit in der Verwaltung sollte eine dezidierte Federführung festgelegt werden.
- Die Kommunalpolitik sollte ihre Verwaltung damit beauftragen, den Ansatz Umweltgerechtigkeit umzusetzen und sie mit entsprechenden (Personal-)Ressourcen ausstatten.
- Als Handlungsräume für mehr Umweltgerechtigkeit sollten zunächst mehrfach belastete städtische Teilräume identifiziert werden.
- In mehrfach belasteten städtischen Teilräumen sollte als erstes der Handlungsbedarf gemeinsam mit der Bewohnerschaft und anderen Vor-Ort-Akteuren ermittelt werden (Gebietsanalysen).
- Ebenfalls unter intensiver Beteiligung von Bewohnerschaft und anderen Vor-Ort-Akteuren sollten für die betroffenen Teilräume detaillierte Ziele und Maßnahmen entwickelt und umgesetzt werden. Mögliche Verdrängungseffekte sind hierbei zu beachten und zu vermeiden.

- Sowohl bezogen auf konkrete „Quartiersfälle“ als auch generell sollten gesamtstädtische und auch teilräumliche kommunale Programme, Konzepte und Planungen dahingehend überprüft werden, inwieweit sie (bereits) Ziele und Maßnahmen zu Umweltgerechtigkeit enthalten bzw. wie sie entsprechend ergänzt werden können.
- Für die Schaffung von mehr Umweltgerechtigkeit sollte die Bündelung unterschiedlicher Finanzierungsquellen geprüft werden.

Fünf vertiefende Empfehlungen geben Hinweise auf Aspekte, die zusätzlich „links und rechts“ auf dem Weg zu mehr Umweltgerechtigkeit beachtet werden sollten:

- Sozialraumorientierung der Umweltämter stärken.
- Sozialraumorientierung der Gesundheitsämter stärken.
- Mehr räumliche Planungskompetenz im Gesundheitsamt verankern.
- Bei Umwelt(verträglichkeits)prüfungen auf eine qualifizierte Betrachtung der Wirkungen auf das Schutzgut „Menschliche Gesundheit“ achten.
- Erstellung eines kommunalen Fachplans Gesundheit prüfen.

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN FÜR BUND UND LÄNDER – VERSION 2.0

Im Vorgängerprojekt wurden neben Handlungsempfehlungen für die Kommunen auch Empfehlungen erarbeitet, wie Bund und Länder die Kommunen dabei unterstützen können, mehr Umweltgerechtigkeit zu schaffen. Auch diese Handlungsempfehlungen wurden in der vorliegenden Untersuchung weiterentwickelt. Grundlage hierfür waren zum einen Interviews in den Pilotkommunen, in denen die Interviewpartnerinnen und -partner auch nach möglichen Beiträgen von Bund und Ländern für eine bessere kommunale Umsetzung des Ansatzes Umweltgerechtigkeit befragt wurden. Zum anderen lieferte die Befragung der Akteure im Rahmen der Umsetzung der UMK-Beschlüsse zu Umweltgerechtigkeit wichtige Hinweise:

- Ressortübergreifende Kooperation in Bund und Ländern ausbauen.
- Gesetzliche und instrumentelle Verankerung von Umweltgerechtigkeit prüfen.
- Mittelbündelung erleichtern.
- Gute kommunale Praxis identifizieren, dokumentieren und kommunizieren.
- Interkommunalen Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer fördern.
- Kompetenz- und Transferstelle Umweltgerechtigkeit auf Bundesebene einrichten.
- Umweltgerechtigkeit in Programme zur Bildung für nachhaltige Entwicklung/Umweltbildung aufnehmen.
- Forschung zu Umweltgerechtigkeit ausbauen, Modell- und Pilotvorhaben initiieren.

D) TOOLBOX UMWELTGERECHTIGKEIT

Sowohl die Erkenntnisse und Erfahrungen aus den Pilotkommunen, die Akteursbefragungen als auch die weiterentwickelten Handlungsempfehlungen für die Kommunen sind in die webbasierte Toolbox Umweltgerechtigkeit (www.toolbox-umweltgerechtigkeit.de) eingeflossen, die vom Difu gehostet wird. Die Toolbox bietet vor allem Akteuren aus Kommunalverwaltung und -politik praxisnahe Informationen und Tipps rund um das Thema Umweltgerechtigkeit:

- Erläuterungen zum Begriff Umweltgerechtigkeit,
- Argumente für das Engagement einer Kommune, mehr Umweltgerechtigkeit zu schaffen,
- Informationen über notwendige Schritte einer Kommune auf dem Weg zu mehr Umweltgerechtigkeit,
- Aufschlüsselung hilfreicher beziehungsweise notwendiger Informationsgrundlagen (Daten und Indikatoren, Akteurswissen, Konzepte und Planungen),
- Überblick zu Themen, Maßnahmen und Projekten für Umweltgerechtigkeit in den Handlungsfeldern Lärmschutz, Luftreinhaltung, Freiraumentwicklung, Klimaschutz/Anpassung an den Klimawandel, Mobilität/Verkehr, Umweltbildung, Gesundheitsförderung,
- Informationen, wie das Thema in Instrumente wie Stadtentwicklungskonzepte oder Lärmaktionspläne einfließen kann,
- Übersicht zu Handlungsmöglichkeiten für Politik, Kommunalverwaltung, Verbände und die Quartiersebene,
- Darstellung operativer Kernelemente für die Organisation und Steuerung der Prozesse,
- Interview-Clips mit Berichten und Erfahrungen von „Umweltgerechtigkeits-Profis“,
- Praxisbeispiele, die zeigen, wie Kommunen vorgehen können, um für mehr Umweltgerechtigkeit zu sorgen,
- Checklisten zu einzelnen Themenfeldern als systematische Arbeitshilfen für die Kommunen,
- Zusammenstellung relevanter Literatur und Links zum Thema Umweltgerechtigkeit.

FAZIT UND AUSBLICK

Das Forschungs-Praxis-Projekt des Difu hat gezeigt, dass es bei der praktischen Umsetzung des Ansatzes Umweltgerechtigkeit auf kommunaler Ebene unterschiedliche Zugänge und Schwerpunktsetzungen gibt beziehungsweise geben kann. Die Kommunen in Deutschland haben unterschiedliche Ausgangsbedingungen, die keine standardisierte Vorgehensweise erlauben. Jedoch bieten die vom Difu weiterentwickelten Handlungsempfehlungen eine geeignete Hilfestellung, den Ansatz Umweltgerechtigkeit – individuell und an die jeweiligen Rahmenbedingungen angepasst – umzusetzen.

Das Forschungs-Praxis-Projekt hat einen klaren Schwerpunkt darauf gelegt, zu untersuchen, wie Kommunalverwaltung und Kommunalpolitik den Ansatz Umweltgerechtigkeit umsetzen können. Es kann jedoch auf kommunaler Ebene nur in Kooperation mit weiteren Akteuren wie privaten Unternehmen, zivilgesellschaftlichen Gruppen und den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort gelingen, der räumlich und sozial ungleichen Verteilung von Umweltbelastungen und Umweltressourcen entgegenzuwirken.

Die Handlungsempfehlungen für Bund und Länder weisen darauf hin, wie Bund und Länder dazu beitragen können, die Rahmenbedingungen für die kommunale und lokale Ebene zu verbessern. Mit den Ergebnissen des Forschungs-Praxis-Projekts des Difu liegen außerdem wichtige Erkenntnisse vor, die Bund und Länder für die Entwicklung der Leitlinien zur konkreten Umsetzung von Umweltgerechtigkeit nutzen können.

LITERATUR

Böhme C, Franke T, Preuß T (2019): Umsetzung einer integrierten Strategie zu Umweltgerechtigkeit – Pilotprojekt in deutschen Kommunen. Dessau-Roßlau (Umwelt & Gesundheit 02/2019, Hrsg.: Umweltbundesamt). <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/umsetzung-einer-integrierten-strategie-zu> (Zugriff am: 16.09.2019).

Böhme C, Preuß T, Bunzel A et al. (2015): Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum – Entwicklung von Strategien und Maßnahmen zur Minderung sozial ungleich verteilter Umweltbelastungen. Dessau-Roßlau (Umwelt & Gesundheit 01/2015, Hrsg.: Umweltbundesamt). <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/umweltgerechtigkeit-im-staedtischen-raum> (Zugriff am: 16.09.2019).

KONTAKT

Christa Böhme
Deutsches Institut für Urbanistik
Zimmerstr. 13–15
10969 Berlin
E-Mail: boehme[at]difu.de

[UBA]